

Parteien zur Europawahl – Thema Wohnen und Mieten

Auszüge aus den Wahlprogrammen

SPD

Die SPD legt in ihrem Wahlprogramm Wert auf die europäischen sozialen Grundrechte. Sie verlangt, „dass sozial schwächeren Menschen der Zugang zu Sozialwohnungen oder qualitativer Wohnungsbeihilfe gewährt wird“. Hierfür will sie „die nationalen Akteure zusammenbringen und einen europäischen Austausch organisieren“.

Bezahlbarer Wohnraum gehöre zu den Grundlagen der Daseinsvorsorge und Sorge für Generationengerechtigkeit, heißt es weiter: „Ein soziales Europa muss sich darum kümmern, dass alle Generationen, egal welchen Alters, Mann oder Frau, in Würde leben und alt werden können. Dazu gehören ein Leben ohne Armut, ein bezahlbarer Zugang zu guter Pflege und Gesundheitsvorsorge, bezahlbarer Wohnraum und öffentliche Infrastruktur, Zugang zu lebenslanger guter Bildung.“ „Jeder und jede muss gleichberechtigten, solidarischen und räumlichen nahen Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen haben. Dazu zählen wir insbesondere den Zugang zu Wasser und bezahlbarem Wohnraum.“

<https://www.spd.de/europa-ist-die-antwort/unsere-ziele/unsere-europaprogramm/>

CDU/CSU

Die Union verbindet das Thema Wohnen mit dem Thema Technik und künstliche Intelligenz: „Künstliche Intelligenz (KI) muss dem Menschen dienen, sie kann zu vielen Erleichterungen im Alltag beitragen. Ein wichtiges Projekt ist das Intelligente Haus (Smart Home), das den Energieverbrauch selbstständig und effizient regelt, Lebensqualität steigern kann und älteren Menschen ermöglicht, länger zu Hause zu wohnen.“ Zu sozialen Fragen des Wohnens findet sich im Europawahlprogramm nichts.

Den ländlichen Raum will die Union stärker unterstützen: „Die Kommunen sind das Fundament des Staates und unmittelbarer Lebensmittelpunkt der Menschen. Wir wollen die Regionen institutionell stärken und ländliche Räume weiterhin fördern.“

<https://www.cdu.de/europaprogramm>

Die Linke

Sehr ausführlich behandelt die Linke das Thema Wohnen. In der Einleitung zum Wahlprogramm heißt es: „Wir wollen die wirtschaftlichen Perspektiven der Menschen vor Ort stärken. Wir investieren in öffentliche Dienstleistungen, wir stärken die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Kommunen im sozialen Wohnungsbau, ...“

Im Kapitel: „Keine Rendite mit der Miete – Wohnen muss bezahlbar sein“ heißt es, während die Spekulation boome, investierten die EU-Staaten zu wenig in bezahlbaren Wohnraum. Zudem verbiete es die EU, Mieten zu subventionieren – außer für „bedürftige“ Bevölkerungsgruppen. Wohnen sei aber ein Menschenrecht, somit müsse sich der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen am realen Bedarf orientieren.

„Mieter*innen in ganz Europa leiden unter dieser Wohnungspolitik. Ein immer größerer Teil des Lohns geht bei vielen für das Wohnen drauf. In vielen Ländern spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu. [...] Haus- und Wohnungsbesitzer*innen kommen unter Druck: Die meisten verschulden sich, um ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen und verlieren ihr Zuhause, wenn sie die Raten nicht mehr zahlen können. Für viele Europäer*innen bedeutet das den Verlust ihrer Altersvorsorge.“

Die Partei fordert, Räumungen zu verbieten, die zu Obdachlosigkeit führen. Zudem solle die EU notfalls Wohnungshypotheken von selbst genutztem Eigentum übernehmen. Auch brauchten Wohnungslose und Menschen, denen Wohnungsverlust drohe, mehr Beratung und Unterstützung.

„Wohnen ist Teil der Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt überlassen werden“, lautet die Kernaussage. Um die Mietenexplosion zu stoppen, seien Investitionen in den sozialen gemeinnützigen Wohnungsbau notwendig, zudem die Enteignung und der Rückkauf von Wohnungen durch öffentliche sowie gemeinnützige Träger, mehr Gemeinnützigkeit sowie ein Ausbau des sozialen und barrierefreien Wohnungsbaus. Die Mitgliedstaaten sollten zudem verpflichtet werden, einen festen Anteil von dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen nachzuweisen. Um Spekulanten einen Riegel vorzuschieben, sollte Immobilienfonds die Zulassung und Immobilienunternehmen die Börsenzulassung entzogen werden.

Wohnungen, die aus spekulativen Gründen leer ständen, müssten leichter beschlagnahmt werden können. Zudem sollten Investoren zugunsten öffentlicher Akteure aus Bauentscheidungen zurückgedrängt werden. Um Druck von den Städten zu nehmen, müsse der ländliche Raum attraktiv gemacht werden.

Für Deutschland fordert die Linke einen Mietestopp, bis ein bundesweiter Mietspiegel mit verbindlichen Mietobergrenzen erstellt wurde. Um Zweckentfremdung zu verhindern, solle Airbnb stärker reguliert sowie eine europaweite Unternehmenssteuer für private Wohnungsvermietungen über Internetplattformen eingeführt werden.

<https://www.die-linke.de/europawahl/wahlprogramm/>

Grüne

Die Grünen beschäftigen sich in ihrem Europawahlprogramm mit dem sozialen Wohnungsbau: „Bezahlbarer Wohnraum ist in vielen Städten Europas zu einem so knappen Gut geworden, dass Menschen aus innerstädtischen Quartieren verdrängt werden. Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die EU muss deshalb dazu beitragen, dass Mieten nicht zum Armutsrisiko wird. Diesem Ziel läuft eine Einschränkung der EU-Kommission von 2011 zuwider, wonach die Förderung von Sozialwohnungen nur unter ganz bestimmten restriktiven Kriterien wettbewerbskonform und damit erlaubt ist. Es gibt in den Kommunen aber sehr unterschiedliche Probleme und Lösungsansätze, die nicht nach einem EU-weiten Schema zu bestimmen sind. Diese Einschränkung der EU-Kommission wollen wir aufheben. Europa soll sozialen Wohnungsbau ermöglichen. Er kann zudem aus den Struktur- und Investitionsfonds gefördert werden; die Europäische Investitionsbank unterstützt bereits mit zinsgünstigen Krediten. Diese Programme wollen wir ausbauen und den Zugang für die Kommunen einfacher gestalten.“

Um Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern, müssten Vermietungsplattformen reguliert werden: „Vermietungsplattformen für Ferienwohnungen wie Airbnb unterlaufen gesetzliche Regulierungen der Städte und Bundesländer und berufen sich dabei auf die Regeln des europäischen Binnenmarktes. Gegen die Städte, die versuchen, Wohnraum vor Spekulation zu schützen, haben diese Plattformen sogar Beschwerde bei der EU-Kommission eingelegt. Es kann nicht sein, dass diese Onlineplattformen die Entscheidungsmacht der Städte und Bundesländer aushebeln. Die EU-Kommission ist gefordert, sicherzustellen, dass diese Plattformen bei der Regulierung von Ferienwohnungen endlich mitwirken müssen.“

Zu guter Letzt beschäftigen sich die Grünen mit den Energiekosten und deren Einfluss auf die Mieten: „Wir benötigen in Europa eine bezahlbare und nachhaltige Energie. Energieeffizienzmaßnahmen und die Energiewende dürfen Menschen nicht aus ihren Wohnungen treiben. Deshalb müssen diese Maßnahmen sozial flankiert werden, damit das Wohnen für alle bezahlbar bleibt.“

<https://www.gruene.de/artikel/gruenes-wahlprogramm-zur-europawahl-2019>

FDP

Im Europawahlprogramm der FDP kommen die Themen Wohnen und Mieten nicht vor.

<https://www.fdp.de/programm/europas-chancen-nutzen>

AfD

Die Partei kritisiert in ihrem Europawahlprogramm die neue verschärfte Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden als zu teuer für die Mieter. Zudem sei sie unnötig, da ein Beleg dafür fehle, „dass die Kosten/Nutzen Bilanz sowie die Energieeinsparungs- und CO2-Bilanz positiv nachgewiesen wurden“. Die EU-Energiepolitik führe zu Eingriffen in die Planungs- und Gestaltungsfreiheit der Mitgliedstaaten. Baurecht und zugehörige Verordnungen gehören laut der AfD „ausschließlich in nationale Zuständigkeit“.

<https://www.afd.de/europawahl/>